

Resolution zur

Partizipation und Teilhabe in der postmigrantischen Gesellschaft

Heute leben wir in einer postmigrantischen Gesellschaft, das bedeutet: Die Anerkennung Deutschlands als ein Einwanderungsland, wo der gesellschaftliche Wandel durch Einwanderung und Auswanderung das Land signifikant prägen, wo „Strukturen, Institutionen und politische Kulturen nachholend (also postmigrantisch) an die erkannte Migrationsrealität angepasst werden, was mehr Durchlässigkeit und soziale Aufstiege, aber auch Abwehrreaktionen und Verteilungskämpfe zur Folge hat.“

Dieser Prozess kristallisiert sich auch in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern heraus. Wir Menschen mit der Flucht- und Migrationserfahrung sprechen uns nicht nur für Integrationsbestrebungen von Migrant*innen in dieser Gesellschaft aus, sondern vielmehr ist es unser Ziel, Mitgestalter etablierter Strukturen, Institutionen und politischer Kulturen zu sein.

Dazu brauchen wir verstärkt sowohl gesellschaftliche Teilhabe als auch soziokulturelle Räume als Möglichkeiten und Chancen für die berufliche, politische und gesellschaftliche Partizipation.

Um das zu erreichen, bedarf es entsprechender Handlungskonzepte:

- Die Mehrsprachigkeit hinsichtlich der Fachkompetenzen in den öffentlichen Strukturen ist zu fördern.
- Die Wahrnehmung der Gesellschaft in Bezug auf Pluralismus ist stärker zu ermöglichen und die Anerkennung und Existenz der pluralistischen Gesellschaft ist zu fördern und zu bewahren.
- Die Zugangsbarrieren für unterschiedliche Gruppen in die Gesellschaft, Arbeitswelt und in den politischen Aktivitäten im Sinne und unter Anerkennung der existierenden Demokratie und gesetzlichen Bestimmungen sind zu erleichtern.

Wir erwarten viel mehr als nur eine interkulturelle Öffnung in Organisationen und Regeldiensten. Wir möchten echte und barrierefreie Teilhabe erreichen und mitgestalten, wir möchten als Handlungssubjekt für bessere Integrations- und Partizipationschancen agieren.

Wir fordern alle politisch Verantwortlichen und die Landesintegrationsbeauftragte Mecklenburg-Vorpommerns und den BZI als federführend für Migrations-/Integrationsbeiräte und gemeinsam mit den Landesorganisationen zum Dialog auf, zur gemeinsamen Entwicklung der notwendigen Konzepte, um die Gesellschaft auf alle postmigrantische Prozesse vorzubereiten und die Prozesse zu begleiten.

Beschlossen bei der Delegiertenversammlung des BZI am 18. November 2018 in Berlin